

Mitgliederrundbrief

Nr. 6

Januar 1989

Aktives Museum
Faschismus
und Widerstand
in Berlin e.V.



Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

Der Jahrestag der Reichspogromnacht ist vorüber und hat sehr unterschiedliche Eindrücke hinterlassen. Eines jedoch hat er für die politisch-kulturelle Szene in dieser Stadt bewiesen: Es gibt eine große Zahl von Initiativen und Gruppierungen, die in der Lage sind, Aufarbeitung der Vergangenheit anders und vielleicht intensiver zu leisten, als es abgehobene Großprojekte vermögen. Die Resolution, die mit Unterstützung des AKTIVEN MUSEUM im Juni verabschiedet wurde, hat mit ihrer damaligen Kritik an der offiziellen Kulturpolitik recht behalten und möglicherweise auch auf die zuständigen Senatsstellen mobilisierend gewirkt. Trotz der Vielzahl von Aktivitäten war die Resonanz doch erstaunlich und erfreulich groß. Gerade auch die vom AKTIVEN MUSEUM getragene Ausstellung "Aus Nachbarn wurden Juden" war ein großer Erfolg. Die hohe Zahl der Besucherinnen und Besucher von Ausstellung und Begleitveranstaltungen verdeutlicht, daß die Thematisierung alltagsgeschichtlicher Aspekte der NS-Zeit bei qualitativ guter Aufarbeitung auf großes Interesse stößt. Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal bei all denen bedanken, die durch ihre Unterstützung und Arbeit diese Ausstellung erst möglich gemacht haben. Besonderen Dank schulden wir Frau Dr. Ruth Gross, der Tochter des Fotografen Abraham Pisarek, für die Überlassung von Texten und Fotos.

Das Gestapo-Gelände ist in der letzten Zeit wieder verstärkt in der öffentlichen Diskussion. Der Vorschlag von Lea Rosh, hier ein monumentales Holocaust-Mahnmal zu errichten, hat, so problematisch und umstritten er auch ist, die Frage des Umgangs mit diesem Gelände wieder zum aktuellen Politikum werden lassen. Für das AKTIVE MUSEUM stellt sich in dieser Situation die Frage, wie und mit welchen Vorschlägen es in diese Debatte eingreift. Die letzte Mitgliederversammlung vom 17.11.1988 hat unterschiedliche Positionen deutlich gemacht, die diskutiert werden müssen. Am 04.02.1989 (geänderter Termin!) soll eine Auseinandersetzung darum geführt werden. Wir fordern alle Mitglieder auf, sich an diesem Gespräch zu beteiligen. Eine Stellungnahme zur anstehenden Debatte ist bereits in diesem Rundbrief abgedruckt, um den Diskussionseinstieg zu erleichtern.

Die Notwendigkeit, die Konzeption des AKTIVEN MUSEUM dem aktuellen Diskussionsstand entsprechend klarer herauszuarbeiten, ergibt sich auch aus einer anderen Tatsache. Der Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses hat nach monatelangen Vertagungen unseren im März eingebrachten Vorschlag, auf dem Gelände einen weiteren Pavillon für Wechselausstellungen - als erste war die von der Arbeitsgruppe konzipierte Ausstellung "Jugend im Nationalsozialismus" vorgesehen - abgelehnt. Gleichzeitig wurde die Einrichtung einer Expertenkommission beschlossen, die bis zum Herbst nächsten Jahres eine Konzeption für das Gelände erarbeiten soll. Wir sind jetzt gefordert, unsere Position deutlich zu machen und dafür zu sorgen, daß eine breite öffentliche Diskussion und nicht eine isolierte Entscheidung am grünen Tisch für die Zukunft dieses Ortes entscheidend ist.

Die Voraussetzungen, uns verstärkt einzumischen, sind besser geworden. Anfragen nach Führungen, nach Unterstützung und Informationsmaterial

Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
Allgemeine
Homosexuelle Aktion
Arbeitsgemeinschaft
verfolgter
Sozialdemokraten
Archaeological Review
from Cambridge
Berliner
Geschichtswerkstatt
Berliner Kulturrat
Berufsverband
Bildender Künstler
Demokratischer
Frauenbund
Deutscher Freidenker
Verband
Elefanten Press Galerie
Evangelische Akademie
Evangelische Jugend
Berlin
Freunde der
Deutschen Kinemathek
Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische
Freundschaft Westberlin
Künstler Kolonie Berlin e.V.
Magnus-Hirschfeld-
Gesellschaft
Neue Gesellschaft
für Bildende Kunst
Neuköllner Kulturverein
Niederländisch-
Ökumenische Gemeinde
Regionalbüro für
Wirtschaft und
Antirassismus
SJD — Die Falken
VVN — Verband
der Antifaschisten
Werkbund Archiv

Geschäftsstelle:
Köthener Straße 44,
Telefon (030) 261 76 61
Konten:
Postgiroamt
Berlin (West),
Konto-Nr. 4610 18-108
(Reiner Gutte,
Sonderkonto Museum)
BLZ 100 100 10

sind Auswirkungen der von unserer Geschäftsstelle ausgehenden breiteren Öffentlichkeitsarbeit. Ein dafür inzwischen unentbehrlicher Helfer ist der Mitgliederrundbrief, auch außerhalb des Vereins als wichtige Informationsquelle sehr geschätzt. In unsere ohnehin nicht üppigen Finanzen reißt jedoch jede Ausgabe ein großes Loch. Da alle Spendenaufrufe in der Vergangenheit leider nur geringe Wirkung zeigten - obwohl inzwischen jede Spende steuerabzugsfähig ist - standen nach Abwägung aller anderen Möglichkeiten nur zwei Alternativen zur Wahl: Einstellung des Rundbriefes oder Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Die Mitgliederversammlung entschied sich, wenn auch schweren Herzens, für die zweite Lösung. Wir hoffen, daß dieser Rundbrief ein erneuter Beweis dafür ist, daß diese Entscheidung richtig war. Da auf diese Weise auch nur die größten Löcher notdürftig gestopft werden können, bleibt der Verein auf größere Spenden angewiesen, wenn er seine Aktivitäten in dem bisherigen Umfang fortsetzen will.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für ein friedliches neues Jahr

Der Vorstand

KONZEPTION IN DER DISKUSSION

Die zum Teil kontrovers geführte Debatte auf der letzten Mitgliederversammlung zum Thema "Konzeption und Perspektiven" haben deutlich gemacht, daß die in unserer Broschüre "Zum Umgang mit einem Erbe" dargestellten Grundlinien einer Konzeption für ein Aktives Museum dem aktuellen Diskussionsstand entsprechend konkretisiert werden sollten.

Alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde des AKTIVEN MUSEUM sind deshalb herzlich zu einem Gespräch

darüber eingeladen. Es soll stattfinden am

SAMSTAG, dem 4. Februar 1989

ab 14 Uhr mit open end.

Beabsichtigt ist damit zweierlei: erstens die Einleitung einer intensiven Debatte in der Mitgliedschaft und zweitens die Vorbereitung einer Neuauflage unserer Broschüre.

Die folgenden Thesen von Annette Ahme sollen einen Gesprächseinstieg bilden.

Einige Vorschläge zum Charakter zukünftiger Bemühungen um ein Aktives Museum auf dem Gestapo-Gelände

1. Das Gestapo-Gelände ist das weltweit zentrale Gelände des Nazismus und Faschismus und des Versuchs der deutschen Faschisten, durch Krieg und Völkermord die Weltherrschaft zu erlangen.
2. Über eine Zukunft des Geländes haben daher alle die Staaten und Nationen und Völker mitzureden, die von Hitler annektiert, überfallen, bekämpft, vernichtet oder versklavt wurden.
3. Daher soll das Gelände unter internationale Obhut (UNESCO) gestellt werden. (Alternative: Internationale Stiftung; Auschwitz-Komitee)

4. Als angemessene Nutzung schlagen wir die Errichtung einer großen, leistungsfähigen, international ausgerichteten, zentral und dezentral arbeitenden Forschungsstätte mit angegliederter Bildungs- und Informationsarbeit vor. Hierzu sollen wichtige Forschungsstätten hier neue, angemessene Gebäude erhalten (document center, Antisemitismus-Institut, Holocaust-Forschungs-Zentrum ...). Die wissenschaftliche Unabhängigkeit schon etablierter Forschungsstätten soll unangetastet bleiben; die Arbeit soll durch die Möglichkeit der Nutzung gemeinsamer Archive, gemeinsames Sammeln von Material, technische gegenseitige Hilfestellung ... effektiviert werden. Es sollen Möglichkeiten der Forschungsaufenthalte für Wissenschaftler aller Länder geschaffen werden. Die Jugend-/Erwachsenen-/Breitenbildung soll dabei nicht vernachlässigt werden: Aufgabe der Wissenschaftler soll, im Verbund mit entsprechenden Fachkräften, die breite Vermittlung und Aufarbeitung des Wissens sein. Die Errichtung eines internationalen Seminars für Schulklassen-/Kindergruppen-/Erwachsenengruppenaufenthalte auf dem Gelände soll vorgesehen werden.
5. Auf dem Gelände soll ein mahnendes Gedenken an die Opfer des Faschismus in würdiger Form ermöglicht werden.
6. Eine produktive Denk- und Arbeitsphase ist nötig. Hierfür schlagen wir vor:
 - Diskussion auf dem Gelände mit Europa-Abgeordneten
 - Diskussion im Europaparlament
 - Der Berliner Senat lädt für eine Woche sämtliche noch lebende Menschen, die je bei der Gestapo verhört wurden/in den Kellern ein-saßen, aus aller Welt nach West-Berlin ein (Vermittlung über die internationalen Verfolgtenverbände). Neben einem kulturellen Programm (Konzert der Berliner Philharmoniker etc.) sollen Diskussionsrunden organisiert werden. Es werden außerdem die technischen und finanziellen Mittel zum Festhalten aller noch möglichen mündlichen Zeitzeugenaussagen und deren Abtippen/Übersetzen bereitgestellt und so die Herausgabe eines großen, für spätere Zeit enorm wichtigen Quellenbandes ermöglicht. Delegation nach Ost-Berlin - Zusammenarbeit? etc.
 - Gewinnung der UNESCO für die Übernahme einer internationalen Verantwortung für das Gelände. Alternative: Internationale Stiftung.
 - Anregung eines internationalen Wettbewerbs, offen für alle Menschen und Organisationen, zum weiteren Gedankensammeln für die Gestaltung des Geländes. Dabei soll nicht die Realisierung der (von einer von den Verfolgtenverbänden/der UNESCO/o.ä. zu bildenden Jury) prämierten Vorschläge angekündigt/versprochen werden.
 - Als vorläufiges Gästehaus und Diskussionsforum soll das Deutschlandhaus freigemacht werden.
 - Vorschlag für die beschriebene, intensive Diskussionsphase: vom 8. Mai 1988 (Tag der Befreiung; französischer Feiertag) bis zum 1. September 1988 (internationaler Antikriegstag). In den Sommerferien: Jugendlager.

Annette Ahme

17.11.1988

PRESSEERKLÄRUNG

Der Verein "Aktives Museum", in dem sich 23 Verbände und Institutionen zu einer Initiative zusammengeschlossen haben, begrüßte auf seiner Jahresversammlung die Tatsache, daß die von ihm seit Jahren erhobene Forderung, das ehemalige SS- und Gestapo-Gelände neben dem Gropiusbau in einen Gedenk- und Lernort zu verwandeln, in jüngster Zeit zunehmend Thema der öffentlichen Diskussion geworden ist.

Die Errichtung eines monumentalen Denkmals auf dem Gelände, wie kürzlich gefordert, sei jedoch keine adäquate Antwort auf die hier gestellte Aufgabe. Es wäre

auch ein verhängnisvoller Fehler, diesen Gedenkort einer Verfolgten-gruppe vorzubehalten. Er müsse vielmehr allen Opfern des NS-Regimes in Deutschland und im besetzten Europa gewidmet sein.

Ebenso unverzichtbar sei ein Dokumentations- und Ausstellungszentrum, das der politischen Bildungsarbeit diene und "forschen-des Lernen" ermögliche, wie im Konzept des "Aktiven Museum" vorgesehen. Vermittlung historischer Kenntnisse und Erziehung zu demokratischem Engagement bleiben Daueraufgaben unserer Gesellschaft.

Das tägliche Gewurstel

Grass, Hassemer, Lea Rosh und andere stritten über Kulturpolitik

Eine Utopie: Wie wäre es, wenn der Militär-etat dieses Landes morgen von der Bundesregierung für erledigt und hinfällig erklärt würde und wenn all diese schönen Milliarden künftig in die Kultur fließen? Bekämen wir dadurch bessere Theater, wichtigere Bücher, würden wir hundert Orchester von Weltrang bekommen? Ich fürchte nein. Ja, Geld ist wichtig, die Kulturstellen sollen steigen. Aber der Glaube an die Allmacht des Geldes, der manche Diskussionen über Kulturpolitik beherrscht, hat etwas Nalves. Wir brauchen nicht noch mehr Bücher, noch mehr Bilder (die bekommen wir bestimmt, falls diese Utopie Wirklichkeit wird), wir brauchen bessere Bücher, bessere Bilder, und beides hat kein Markt der Welt zu bieten. Meisterwerke kann man nicht züchten, wie man Schweine mit 30 Rippen züchtet. Die Ex-und-Hopp-Kultur, die viele zu Recht beklagen, wird von Ex-und-Hopp-Künstlern produziert. Bei denen müssen wir uns zuerst beklagen.

In Berlin gibt es neuerdings einen Verein „Perspektive Berlin“, einen Zusammenschluß von zum Teil prominenten Leuten links der Mitte unter Vorsitz der Fernsehjournalistin Lea Rosh, die ihrer Stadt etwas Gutes tun wollen. Perspektivisten, die über das tägliche Gewurstel hinausreichen, hat zur Zeit keine Berliner Partei zu bieten, der Verein möchte da einspringen, kritische Geister wecken, sie notfalls sogar importieren. „Perspektive Berlin“ ist eine Mißtrauensklärung an die schlaffen Oppositionsparteien SPD und AL.

Die erste öffentliche Veranstaltung dieser Gruppe war am Montag eine Podiumsdiskussion zur Berliner Kulturpolitik in der Akademie der Künste. Linda Reich moderierte, auf dem Podium saßen Lea Rosh, Günter Grass, Jürgen Flimm, der Intendant des Hamburger Thalia-

Theaters, Dorothea Kolland, die Leiterin des Neuköllner Kulturamtes, und Volker Hassemer, der Kultursenator. Es sollte „kein Tribunal“ gegen den einsamen CDU-Mann Hassemer werden, wie es zuerst hieß, und es wurde natürlich trotzdem eines.

Da war er wieder, der erstaunlicherweise auch bei Linken vorhandene Glaube an die Kraft des Geldes: gib mir Geld, Kultursenator, und die Kunst wird gut. Dabei war man sich einig, daß es im Augenblick eher zuviel gibt als zuwenig, eine „Imbißkultur“, die auf kurzfristige Spektakuläre schießt. „Wer soll das alles rezipieren“, fragte sich Flimm, sogar die flüchtigsten Intellektuellen sind eben überfordert. „Er läßt nichts ausreifen“, klagte Grass über Hassemer. Ist Hassemer ein Winzer oder ein Käsefabrikant? Nein, Er 88 kann man nicht insgesamt unter „Imbißkultur“ abbuchen, das wäre ungerecht, und da hatte der Kultursenator mit seiner Verteidigungsrede recht. Fast alle haben zur Zeit allerdings das Gefühl, daß die gegenwärtige Kulturproduktion etwas Soßen-artiges hat. Es wird produziert auf Teufel komm raus (das Geld! Es ist ja da), aber niemand hat so recht etwas zu sagen. Ist der Kultursenator schuldig?

Die wackeren Wilmersdorfer CDU-Politiker haben Wolf Vostells einbetonierte Cadillac möglicherweise begriffen, sie wollen sie am liebsten weghaben aus ihrem Bezirk. Der Widerstand dieser Wilmersdorfer gegen Vostells Kunst ist eine Erfolgsmeldung: Provokation gelungen. Das ist gar nicht mehr so einfach heute. Nun klagt man aber im Umkreis des Künstlers, man ist „wehleidig“ (Grass), wo

doch Freude angebracht wäre: weich eine Hybris, wenn Künstler die Pose des Bürgerschrecks auskosten wollen und zu jammern beginnen, sobald die Bürger tatsächlich Schockwirkung zeigen.

Sein eigentliches Thema hatte der Abend aber erst gefunden, als es um das ehemalige Gestapo-Hauptquartier, die Reste des Prinz-Albrecht-Palais ging. „Perspektive Berlin“ verlangt die Errichtung eines Mahnmals, das die Namen der 150 000 ermordeten deutschen Juden verzeichnet, dazu ein Dokumentationszentrum über das Vernichtungsprogramm der Nazis. Mahnmale dieser Art gibt es inzwischen fast überall, wo die Nazis ihre Blutsur hinterlassen haben, nur eben in Berlin nicht, im Zentrum ihrer Macht. Es ist einigermaßen nebensächlich, wie solch ein Mahmal aussieht und wo in der Stadt es sich befindet, es kommt auf das „ob“ eher an als auf das „wie“. Gewiß, die CDU hat mit dem Prinz-Albrecht-Gelände in den wenigen Jahren ihrer Regierung mehr anzufangen gewußt als die unerträglich zögerliche SPD in den Jahrzehnten zuvor, auch dieser Punkt ging an Hassemer. Nun aber wollten das Publikum und seine Diskussionspartner von ihm ein grundsätzliches „Ja“ zur Idee eines Mahnmals hören, vor allem Grass beharrte auf dieser Frage. Der Kultursenator wand sich, er lavierte und versuchte, sich in das Mißverständnis zu retten, er solle zu den konkreten Entwürfen der Lea Rosh eine verbindliche Zusage aussprechen. Hassemers Taktieren wirkte peinlich. Solange einem deutschen Politiker die Zustimmung seines Parteiortvereins mehr wert ist als der Respekt vor den Opfern, fällt die Versöhnung schwer.

Harald Martenstein

REAKTION AUF DEN OFFENEN BRIEF

Im Frühjahr 1988 verfaßten ehemalige Häftlinge der Prinz-Albrechtstraße 8 einen Offenen Brief an die deutsche Öffentlichkeit und ihre gewählten Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West), in dem sie eine angemessene Gestaltung des Gestapo-Geländes anmahnten. Das AKTIVE MUSE MUSEUM unterstützte neben anderen Organisationen, Verbänden und Ein-

zelpersönlichkeiten diese Initiative.

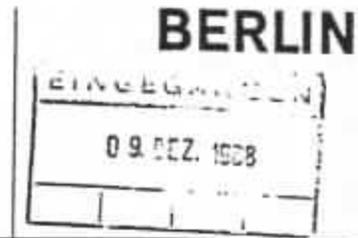
Erste Reaktionen auf diesen Offenen Brief, den wir in seinem Wortlaut im Rundbrief Nr. 3 abdruckten, haben wir im Rundbrief Nr. 5 dokumentiert. Hier folgt jetzt die Stellungnahme des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhaus von Berlin.

Abgeordnetenhaus von Berlin
Der Vorsitzende des Petitionsausschusses

Abgeordnetenhaus von Berlin - Petitionsausschuß -
John-F.-Kennedy-Platz, Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62

Evangelisches Bildungswerk Berlin
z.Hd. Herrn Dr. Manfred Karnetzki
Goethestraße 27-30

1000 Berlin 12



GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

7835/10-B

Direktwahl: 783
(Zentrale: 783-1) } App.: ~~3520~~
Intern (90)

Berlin, den 8. Dez. 1988/kn

Sehr geehrter Herr Dr. Karnetzki,

der Petitionsausschuß hat Ihre Eingabe vom 12. April 1988, die ihm vom Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages zugeleitet worden ist, mehrfach - zuletzt in seiner gemeinsamen Sitzung mit dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages - beraten. Ihre Forderung, auf dem ehemaligen Gestapogelände (Prinz-Albrecht-Gelände) eine zentrale Forschungs- und Dokumentationsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus zu errichten, ist eine von sechs Grundpositionen zur zukünftigen Nutzung dieses Areals, die sich in der öffentlichen Diskussion während der vergangenen drei Jahre herausgeschält haben.

1. Vielfach wird die Meinung vertreten, der zur Zeit bestehende Zustand solle erhalten bleiben. Dies wird wie folgt begründet: Die Leere des Geländes und der bescheidene provisorische Charakter der Ausstellungsbauten haben zusammen mit dem Umfeld (Berliner Mauer, Gropiusbau) und den marginalen Resten der Nachkriegsnutzung eine suggestive Aussagekraft über die Geschichte des Ortes als Brennpunkt der Geschichte Berlins und der Deutschen, die durch weiteren Ausbau und gestalterische Eingriffe nur abgeschwächt werden könnte. Jede Bebauung des Geländes, die mit weitergehenden Nutzungen wie Mahnmahl, Forschungseinrichtungen, Archiven usw. verbunden wäre, müßte die zur Zeit erlebbare Authentizität des Ortes, die aus dem Kontrast zwischen den wenigen aufgedeckten Resten und der sonstigen Leere des Areals herrührt, wieder verdecken.
2. Ein Mahnmahl soll die Erinnerung an die Verbrechen und Opfer dieserorts oder auch insgesamt der NS-Herrschaft in Deutschland und Europa wachhalten. Begründung: Die Zentrale der Täter müsse der Ort für das Gedenken an die Opfer werden. Berlin und die Bundesrepublik seien sich selbst und den Opfern dies schuldig. Wichtig ist für viele, die ein Mahnmahl

fordern, daß das Gedenken nicht anonym, sondern soweit wie möglich mit Nennung der Namen der Opfer geschieht.

3. Als Fortführung der provisorischen Dokumentationsausstellung wird überwiegend dafür plädiert, ein thematisch ausgeweitetes Museum zur Geschichte des Ortes einzurichten. Allgemein wird dabei Wert darauf gelegt, daß nicht nur historische Materialien museal präsentiert werden, sondern die Besucher, insbesondere junge Menschen, Gelegenheit zu eigener, aktiver Betätigung zu den angebotenen Themen und Materialien bekommen.

4. Wie auch Sie fordern viele andere, an diesem Ort sollten auch die zur Zeit auf mehrere Stellen in der Bundesrepublik und Berlin verteilten Archive durch eine zentrale Dokumentationsstelle ergänzt werden. Neben der wissenschaftlichen Einrichtung soll für die breite Öffentlichkeit eine umfassende Freihand- und Präsenzbibliothek zu diesem Thema entstehen. Vielfach wird das Gelände auch als der geeignete Ort für die künftige Unterbringung des "Berliner Document Center" in deutscher Hand bezeichnet. In welcher Größenordnung und dementsprechend welchem baulichen Umfang solche Einrichtungen am Ort als notwendig und sinnvoll anzusehen wären, wird dabei durchaus unterschiedlich gesehen.

5. Vorgeschlagen wird auch die Ansiedlung von Menschenrechtsorganisationen, die am Ort der Erinnerung an die Terrorherrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands Aktivitäten gegen aktuelle politische Verfolgung in aller Welt entfalten und Hilfe bieten (z.B. Amnesty International). Damit soll die Auseinandersetzung mit den Schrecken der Vergangenheit ergänzt werden durch einen positiven Gegenwartss- und Zukunftsbezug.

6. Die Vorstellung von spielenden Kindern und anderen Freizeitaktivitäten in Verbindung oder auch in Nachbarschaft mit diesem Ort wird sehr kontrovers diskutiert und in der Regel als unangemessen zurückgewiesen. Andererseits ist der Mangel an Freiflächen in diesem Bereich Kreuzbergs sehr groß; er wird durch die im Umfeld entstehenden Wohnungsbauten zusätzlich veranschärft.

Allein die hier genannten Grundpositionen zeigen, daß zur Zeit noch keine abschließende Entscheidung getroffen werden kann. Für alle Fragen, auch organisatorischer Art (Gestaltung des Geländes, Trägerschaft, Fortführung der Dokumentation), gilt, daß "das Provisorium bestehen bleiben muß, bis ein besseres Konzept gefunden werden wird". In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß der Umgang mit dem Gelände nicht isoliert von den übrigen Orten (Wannseevilla, Stauffenbergstraße usw.) betrachtet werden kann. Auch die in Ihrer Eingabe gemachten Vorschläge zur Nutzung des Geländes können nicht einzeln betrachtet werden. Die Erarbeitung denkbarer Konzepte durch an der Diskussion beteiligte Gruppen macht jedoch das wachsende Interesse an der aktiven

Mitwirkung über die Zukunft über die zukünftige Gestaltung deutlich. Die Festlegung auf eine bestimmte Art der Gestaltung zum jetzigen Zeitpunkt würde den übrigen vorgetragenen Vorschlägen, die ebenso ihre Berechtigung haben und darum in der Diskussion bleiben müssen, nicht gerecht werden.

Wie in der Kulturausschußsitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 10. Oktober 1988 festgelegt, wird die zu erstellende Konzeption sich schwerpunktmäßig mit den Themen "Lernen, Forschen und Gedenken" befassen müssen. In der nächsten Zeit wird eine Arbeitsgruppe von Fachleuten gebildet werden. Diese Arbeitsgruppe wird den Auftrag haben, eine Konzeption zur künftigen Nutzung des Geländes zu erarbeiten. Dabei müssen zunächst für Verbindungen zitierten Positionen und ihre denkbaren Vorschläge bewertbar machen.

Der Senator für Kulturelle Angelegenheiten hat in der gemeinsamen Sitzung mit dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages zugesagt, daß auch ein Vertreter Ihrer Einrichtung eingeladen werden wird, um in dieser Arbeitsgruppe mitzuarbeiten. Der Ausschuß wird sich zu gegebener Zeit über den Fortgang der Angelegenheit berichten lassen. Ihre Eingabe hat er mit diesen Hinweisen vorerst für erledigt erklärt.

Mit freundlichen Grüßen



(Baetge)

Perspektive der „Topographie des Terrors“ scheint zunächst gesichert

Kulturausschuß billigte einstimmig

W e s t e r l i n (DW-pd). An den Kulturausschuß weitergereicht hat der Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses am Montag das Thema Sicherung der Perspektive der Ausstellung „Topographie des Terrors“ am Gelände der ehemaligen Gestapo-Zentrale.

Ein Antrag aller Parteien befürwortete u. a. die Aufstockung von bisher zwei auf drei wissenschaftliche Mitarbeiter und eine neue Sachbearbeiter/-innenstelle. Die Wissenschaftler sollen sich vorwiegend der Recherche bei Zeitzeugen und den Führungen von Gruppen widmen. Ziel sei es u. a., daß jeder Schuljahrgang einmal dort gewesen sei und eine entsprechende pädagogische Vor- bzw. Nachbereitung gewährleistet werde. Außerdem sollen die Mitarbeiter in Zukunft auch eine Handbibliothek bekommen; bisher brachten sie die Fachliteratur von zu Hause mit. Eine sich häufende Anzahl „kleiner Zerstörungen“ auf dem ehemaligen Gestapo-

Gelände veranlasse dazu, so Prof. Rürup, die Aufwendungen für die Bewahrung rund um die Uhr zu erhöhen. Gerhard Schoenberger, tätig in der Vorbereitung einer Gedenkstätte in der „Wannseevilla“, wo der faschistische Massenmord an den Juden beschlossen wurde, wies auf den Zusammenhang beider Stätten hin. Die Ausstellung in Kreuzberg sei „ein erster Schritt, dem andere folgen müssen. Wir brauchen an diesem Platz auf Dauer ein Dokumentations- und Ausstellungenzentrum, wo politische Aufklärungsarbeit erfolgen kann.“ Er würdigte - im Gegensatz zu Senator Hassemer - den Anteil von Initiatoren, so des Aktiven Museum e. V.

Befremden rief die Bemerkung des FDP-Abgeordneten Pawlowski hervor, der jetzt - nachdem kürzlich die Ruinen der Gestapo-Folterzentrale unter Denkmalschutz gestellt worden waren - dazu anmerkte, hier würde das „schlechte Gewissen auf tote Gesteine übertragen“.

Dieser positiven Nachricht aus dem Kulturausschuß folgte jedoch eine große Enttäuschung:

Der Kulturausschuß hat auf seiner Sitzung vom 14.11.1988 das entsprechende Ansinnen des Kulturausschusses zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht behandelt! Dies kommt einer Ablehnung gleich. Die finanzielle Absicherung für die geplanten Maßnahmen kann jetzt frühestens über den Nachtragshaushalt erfolgen.

Für den Kulturausschuß und die Berliner Festspiele GmbH bestünde eine Möglichkeit zur Korrektur, indem sie aus ihren Mitteln die Finanzen zur Verfügung stellen. Dies ist eine Frage der Setzung von Prioritäten.

Denkmalschutz für die Gestapozellen auf dem Prinz-Albrecht-Gelände

Zuständigkeit der Archäologen paradox und ein Zeichen der Verdrängung? Die Reste der Gestapozellentrakte auf dem Prinz-Albrecht-Gelände in Kreuzberg sind jetzt als sogenanntes unbewegliches Bodendenkmal unter Schutz gestellt worden. Nach den Worten des stellvertretenden Leiters des Archäologischen Landesamtes, Alfred Kernofl, ist ein Bodendenkmal des 20. Jahrhunderts in Deutschland „einmalig“. Es sei „sticher paradox und ein Zeichen der deutschen Verdrängung“, daß das Archäologische Landesamt für ein Denkmal des 20. Jahrhunderts zuständig sei. Kernofl wies darauf hin, daß das Gelände der ehemaligen Kunstgewerbeschule, die als Sitz der Gestapo, des Reichsführers SS und später auch des Reichsicherheitshauptamtes diente, nach der Sprengung und Abräumung der meisten Gebäudeteile in den fünfziger Jahren von einer Erdverwertungsfirma und einem Autodrom für Fahrübungen ohne Fahrschein genutzt wurden.

Der jetzt geschützte Trakt mit fünf bis sechs Zellen ist ein Teil der Anlage, die von den Nazis erst im Sommer 1933 im Südflügel der ehemaligen Kunstgewerbeschule errichtet wurde. Die Zellen waren - wie nach derzeitiger Forschung wohl feststeht - nicht die Stätten der Folter, sondern zur Unterbringung der politischen Gefangenen gedacht. Die qualvollen

Unbewegliche Bodendenkmale sind in Berlin äußerst selten, der Gestapozellentrakt ist überhaupt erst das zweite. Vor sechs Jahren wurden die Grundrisse des Dominikanerklosters am Spandauer Reformationsplatz unter Schutz gestellt. Als bewegliche Bodendenkmale gelten zum Beispiel Steinbeile, die dann in der Regel ins Museum kommen.

Das neueste Amtsblatt nennt die Begründung für den Denkmalschutz des Gestapozellentrakte: „Die Reste sind ausnehmend Mahnmal und im historischen Zusammenhang gerade mit diesem Gelände von besonderer Bedeutung.“ Itz

Archäologisches Landesamt Berlin

Eintragung von Bodendenkmalen

Bek. v. 04. 10. 1988

Tel.: 3 20 91 - 2 31 oder 32 09 - 1, intern 9 87 - 2 36

Gemäß § 6 Abs. 5 des Denkmalschutzgesetzes Berlin (DSchG Blin) vom 22. Dezember 1977 (GVBl. S. 2540), geändert durch Gesetz vom 30. November 1981 (GVBl. S. 1470), wird die Eintragung des folgenden unbeweglichen Bodendenkmals öffentlich bekanntgemacht:

Kreuzberg

Niederkirchner Straße 8 - ehem. Prinz-Albrecht-Straße 8 - Reste des Zellentraktes im Südflügel der ehemaligen Kunstgewerbeschule, genutzt als Sitz des Geheimen Staatspolizeiamtes, des Reichsführers SS und später auch des Reichsicherheitshauptamtes. Der Zellentrakt wurde im ersten Jahr der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft angelegt und diente bis zum Ende des Regimes als Hausgefängnis der Zentrale von Willkür und Terror. Die Reste sind authentisches Mahnmal und im historischen Zusammenhang gerade mit diesem Gelände von besonderer Bedeutung.

ERINNERUNG AN ALFRED DAVIDSOHN

Alfred Davidsohn war, als die Nazis ihn und seine ganze Familie 1935 als Juden ausbürgerten, 23 Jahre alt. Der gebürtige Berliner lebte lange Zeit als Chemiker in Palästina bzw. Israel, die letzten 21 Jahre zusammen mit seiner Frau Ruth in der Schweiz. Im Oktober ist er in Locarno im Alter von 76 Jahren an einem plötzlichen Herzversagen gestorben.

Ich lernte Alfred durch einen glücklichen Zufall kennen.

Ali-wie er im Freundeskreis genannt wurde - hatte 1984 als Leser von Theo Pinkus' ZEITDIENST von der Existenz und Arbeit der Berliner Geschichtswerkstatt erfahren. Sein Brief an die Goltzstraße fand bei mir besondere Aufmerksamkeit, war ich doch bei der Vorbereitung einer Ausstellung über die Geschichte der Crellestraße bereits auf den Namen Davidsohn gestoßen.

Über ein Viertel Jahrhundert - von 1900 bis 1934 hatte laut Berliner Adreßbuch ein Chemiker namens Samuel Davidsohn in dem Haus neben dem Langenscheidt-Verlag gewohnt. Dann - nach 1935 - war sein Name spurlos verschwunden. Meine Nachforschungen ergaben, daß Dr. Alfred Davidsohn aus Locarno tatsächlich der Sohn des alten Dr. Samuel Davidsohn aus Berlin-Schöneberg war.

Zu meiner Überraschung stieß ich im weiteren Gespräch noch auf eine zweite "heiße Spur": der

promovierte Chemiker aus bürgerlichem Elternhaus "entpuppete" sich als aktives Mitglied der Arbeiterbewegung und des Widerstands in Schöneberg Anfang der 30er Jahre.

Bereits als Schüler des Werner-Siemens-Gymnasiums (Hohenstaufenstraße) war er in der Arbeiterjugend aktiv. 1928 schloß er sich einer Bezirksgruppe der Kommunistischen Parteioption (KPO) im Umkreis von August Thalheimer an und arbeitete in ihr auch nach 1933 und nach seinem Ausschluß vom Universitätsstudium illegal weiter.

Mit dem Metallarbeiter von der "Roten Insel" Ernst Paul (1936 verhaftet, zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1939 gestorben) und seinem Schulfreund Wolfgang Lax (der die Zeit der schlimmsten Verfolgung 1943-1945 in Berlin im Untergrund überlebte) vervielfältigte er illegales Material im Labor seines Vaters. Einige seltene Dokumente aus seinem Besitz waren 1987 in der Ausstellung zur 750-Jahrfeier im HAUS AM KLEISTPARK zu sehen.

Zwei Mal hat Alfred in dieser Zeit in Begleitung seiner Frau Ruth Berlin besucht; für ihn war das immer sichtlich mit großen körperlichen und seelischen Anstrengungen verbunden.

- 1984 fand er im Stadtteil-laden "Langer Erdmann" mitten in seiner alten Schöneberger

Heimat-dem Crellekiez- besonders aufmerksame und wißbegierige Hörer.

- 1987 beteiligte er sich-u.a. mit Theo Pinkus und Wolfgang Lax- an einer Gesprächsrunde über die Spuren der Judenverfolgung in Schöneberg. Der körperlich so gebrechlich wirkende alte Mann verblüffte seine Zuhörer/-innen durch seine geistig so jung und lebendig gebliebene Denk-und Ausdrucksweise. Nicht nur über die jüdische Leidensgeschichte wollte er mit uns reden, sondern auch über die heutigen Aufgaben der Politik. Er hatte sich für die jüdisch-arabische Verständigung eingesetzt, war bis zuletzt bei "Amnesty International" aktiv und interessierte sich bei aller Kritik am realen Sozialismus- immer für die marxistische Theorie. Insbesondere den Anti-

militarismus und Internationalismus von Rosa Luxemburg hatte er auf seine Fahne geschrieben. Und bis zuletzt verfolgte er in einschlägigen Fachzeitschriften die neueste Entwicklung in der Sowjetunion.

Alfred Davidsohn ist 1984 dem "AKTIVEN MUSEUM" beigetreten. Er überläßt ihm einige persönliche Dokumente. Mit dieser Geste wollte er der Forderung des Vereins nach einem Archiv und Dokumentationszentrum zur lokalen NS-Geschichte in Berlin Nachdruck verleihen.

(Mehr über Alfred Davidsohn findet sich in der Broschüre "Leben in Schöneberg-Friedenau 1933-45", die am Kunstamt Schöneberg erhältlich ist.)

Gisela Wenzel



Alfred Davidsohn 1987, bei einer Diskussions-Veranstaltung im "HAUS am KREISTERN".

Foto entnommen: "Leben in Schöneberg-Friedenau 1933-45", Hrsg.:Bezirkamt Schöneberg von Berlin, 1997

KEIN VEREINZELTER GEDENKSTEIN - SONDERN STEINE DES (DENK)-ANSTOßES

Aktives Museum
Faschismus
und Widerstand
in Berlin e.V.

Eine Mahn- und Gedenkstätte für das Bayerische Viertel in Schöneberg



Ober 70 Interessierte waren der Einladung des Vereins Aktives Museum und der Berliner Geschichtswerkstatt gefolgt, um darüber zu diskutieren, wie eine Mahn- und Gedenkstätte im Bayerischen Viertel in Schöneberg aussehen könnte und welche Bedeutung sie heute - 43 Jahre nach den letzten Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus diesem Viertel - haben könnte. Anlaß war der einstimmige Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Schöneberg, für die über 6000 Opfer, deren Namen, Adressen, Alter und Deportationsdaten erforscht wurden, eine Mahn- und Gedenkstätte zu errichten.

Nach einem sehr ausführlichen Informationssteil über die Geschichte des Bayerischen Viertels und die Erfahrungen mit Rundgängen im Herbst des Jahres, über Formen anderer Gedenkstätten in der Bundesrepublik, Frankreich und der DDR und die Ansätze und Schwierigkeiten von Kunstwettbewerb, entstand im Kreis der Podiumsteilnehmer und der Anwesenden ein für alle **ü b e r r a s c h e n d e r** K o n s e n s :

Kein solitärer Gedenkstein, kein Schlußstein, sondern Stolpersteine, Steine des Denk-Anstoßes, des Mahnens und des konkreten Erinnerens. D.h. alle wollten den Antrag der BVV beim Wort nehmen und eine Mahn- u n d Gedenkstätte realisiert sehen. Eine Besonderheit des Bayerischen Viertels sei das **N e b e n e i n a n - d e r** von Wohnungen der Emigranten, von sogenannten "Judenhäusern" - der letzten Station vor der Deportation - von Orten zerstörter jüdischer Kultur u n d von Wohnungen der Nachbarn, - Nachbarn, die in ihrer Mehrheit weggesehen haben, einige, die nachweislich denunziert haben und wenige, die Verfolgte unterstützt haben, z.B. mit Lebensmittelmarken oder illegalen Wohnungen. In dieser Dichte sei das Nebeneinander in Berlin einmalig und solle daher in der Mahn- und Gedenkstätte besonders hervorgehoben werden. Dabei bestand trotz unterschiedlicher

Vorstellungen, was die Realisierung angeht, Einigkeit darüber, daß nicht allein an einem zentralen Ort - etwa der Parkanlage des Bayerischen Platzes - sondern an



Eine von 70 Papptafeln vor einem Haus in der Westarpstraße, die eine Initiativgruppe der SPD-Schöneberg vor Häusern angebracht hat, aus denen mehr als 10 Menschen wegen ihrer jüdischen Abstammung deportiert worden sind. Von über 6.000 Menschen aus 2.000 Häusern im Bayerischen Viertel sind von Andreas Wilke die Namen, Alter und Deportationsdatum erforscht worden. Im Hintergrund der Gedenkstein von Gerson Fehrenbach für die 1956 abgerissene Synagoge in der Münchener Straße.

verschiedenen Orten Steine, Tafeln oder ähnliches als Denk-Anstöße stehen könnten z.B. vor Häusern oder an anderen gut sichtbaren Stellen. Selbst der Vorschlag, Erinnerungs- und Informationstafeln im stark belebten U-Bahnhof "Bayerischer Platz" anzubringen, stieß offenbar bei allen Anwesenden auf Zustimmung. Obereinstimmung bestand auch darüber, daß die Bevölkerung, "insbesondere auch junge Menschen", in den Vorbereitungsprozeß einbezogen werden soll, dabei wolle man sich von den Neuköllner Schwierigkeiten nicht entmutigen lassen (Waldemar Funk, CDU). Öffentlichkeitsarbeit solle nicht erst mit den von einer Jury bereits preisgekrönten Modellen einer Gedenkstätte beginnen. Konsens bestand weiterhin darin, daß in einer Jury unbedingt Betroffenen-Vertreter, etwa aus der jüdischen Gemeinde oder Überlebende und Nachkommen - beteiligt sein sollten. Man wolle unbedingt die Beteiligung der heutigen Bewohner, betonte Axel Bochow

(SPD), gab aber zu bedenken, daß auch mit Ablehnung zu rechnen sei, da Erinnerungsarbeit schmerzlich ist. Man dürfe jedoch hierbei nicht einfach nach Mehrheitsmeinungen schießen. Zwei anwesende Künstler, obwohl selbst an Wettbewerben von Kunst im öffentlichen Raum beteiligt, faßten ihre Erfahrungen mit Kunstwettbewerben zu dieser Thematik so zusammen, daß nicht der Kunst-Wettbewerb im Zentrum stehen solle, sondern erst Ergebnis eines Aufklärungs- und Diskussionsprozesses sein könne. "Ein Wettbewerb ist so gut wie seine Vorgaben", zitierte Heinrich Pieper (AL) den Autor des Katalogs zur Ausstellung "Gedenken und Denkmal" und appellierte daran, daß man diese Vorgaben nicht den Politikern allein überlassen solle.

Unterschiedliche Positionen wurden deutlich, als darüber diskutiert wurde, welcher Opfer gedacht werden sollte. Die Standpunkte reichten von: "ausschließlich für jüdische Mitbürger" über "grundsätzlich für alle, aber an diesem Ort historisch richtig für die Deportierten und Emigrierten" bis zu der Forderung, "auch im Bayerischen Viertel aller Opfer zu gedenken, auch der Euthanasie-Opfer, der Sinti und Roma oder der Fremdarbeiter, da ihrer sonst nirgendwo in Berlin gedacht wird." Die Meinungen trennten sich bei der Frage, nicht da ß, sondern wie über die Täter informiert werden solle. Hier wurden die Positionen vertreten, daß das Gestapo-Gelände Ort der Täter sei, andere wollten auch die schweigen-

den Nachbarn im Bayerischen Viertel im weitesten Sinne zu den Tätern zählen. Einig war man sich darin, daß durch die Form der Darstellung nicht der Verdacht aufkommen solle, man wolle auch die Täter als Opfer ehren. Informationen über die Taten, die Hintergründe der Deportationen, die Gesetze und Verordnungen usw. wollten aber alle Anwesenden in einer Mahn- und Gedenkstätte im weitesten Sinne realisiert sehen. Von einem solchen Ort ausgehend, sollten auch Projekte zur weiteren Erforschung der NS-Zeit in Schöneberg zusammen mit Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen initiiert werden.

Wie geht es weiter? Diese Frage blieb im Raum. Neben dem bezirklichen Kunst am Bau Ausschuß, der sich mit der Ausschreibung befassen wird, wurde eine neue öffentliche Diskussionsrunde gefordert. In den Nachdiskussionen der Veranstaltung wurde angeregt, daß der Schöneberger Kulturarbeitskreis, der seit 1982 an der lokalhistorischen Erforschung des Alltags im Nationalsozialismus arbeitet, eine Arbeitsgruppe bildet, die offen ist für alle Interessierten an diesem Thema.

Informationen zum Kulturarbeitskreis:
783-2234, Informationen zu Gedenkstätten
261 76 61 (Aktives Museum).

Aktives Museum Faschismus und Widerstand
Berlin/Berliner Geschichtswerkstatt e.V.



Kleine open-air-Ausstellung des Kunstamtes Schöneberg mit dem Titel: "Emigriert, vertrieben, ermordet - vergessen?" auf dem Bayerischen Platz an der Grunewaldstraße (bis 18.12.1988)

AKTUALISIERUNG VON GESCHICHTE

Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Gedenkstättenpädagogik

von Herbert Hötte

Der folgende Beitrag, den wir mit freundlicher Genehmigung des Verfassers abdrucken, wurde als Referat auf dem bundesweiten Gedenkstättenseminar vom 26. bis 29. Mai 1988 in Neuengamme gehalten. Herbert Hötte ist als Museumspädagoge in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme tätig.

Aktualisierung heißt, daß das Vergangene, historisch abgeschlossene, akute politische Bedeutung behält, oder ihm eine akute politische Bedeutung wieder zugesprochen wird. Aktualisierung ist in diesem Sinne der gemeinsame Nenner der Gedenkstättenarbeit, indem gesagt wird, daß eine Aufklärung über den Nationalsozialismus höchste Priorität in der politischen Bildung haben muß, ja, daß ein Versagen der Aufklärung über die NS-Zeit ein Versagen der politischen Bildung überhaupt einschließt. Der NS-Vergangenheit wird eine Bedeutung für unser politisches Leben zugesprochen, wie keiner anderen historischen Epoche, der Beschäftigung mit dieser Zeit wird damit in vielerlei Hinsicht eine gewisse Exklusivität beigemessen. Ob dieser Anspruch zu recht besteht, wer auf welche Weise NS-Geschichte aktualisiert, und wie man Aktualisierungen pädagogisch nutzen kann, soll im Folgenden erläutert werden.

Jede Beschäftigung mit Geschichte und jeder Geschichtsunterricht beruht in seinem höheren Sinn auf Aktualisierung, indem gesagt wird, daß sich in vergangenen historischen Phänomenen die Grundsteine unseres gesellschaftlichen Lebens befinden, und sich ein Verständnis von heute nur aus dem Begreifen von gestern ableiten läßt, so, wie z.B. die Reformation als ideologischer Wegbereiter der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft gesehen wird. In der Praxis ist dies meist ein theoretischer Anspruch der Historiker und Geschichtslehrer, nur wenige Schüler mögen ihnen in der Ernsthaftigkeit und Begeisterung bei der Beschäftigung mit Geschichte folgen.

Es gibt allerdings historische Phänomene, denen man eine größere Bedeutung für unser Leben beimißt, als

anderen. Als Beispiel möge hier die Beschäftigung mit dem Krieg dienen. Jede Demonstration gegen mehr Bewaffnung, jeder Friedensappell, aber auch jede Parlamentsdebatte über den Sinn und Zweck der Bundeswehr, verweist auf historische Erfahrungen. Hier wird eine Aktualisierung nicht entsprechend einer pädagogischen oder erkenntnistheoretischen Absicht herbeigeführt, sie ist dem Thema immanent, wenn auch mit verschiedenen Interpretationen der Historie.

In ähnlicher Weise wird mit der Geschichte des Nationalsozialismus umgegangen - in der Forderung "Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus" verbindet es sich. Als schrecklichstes Kapitel der deutschen Geschichte soll es Mahnung für folgende Generationen sein und beansprucht damit jene Exklusivität, die ich schon benannt habe, die häufig als Begründung genommen wird, daß die Beschäftigung mit der NS-Zeit intensiviert werden muß - was auch materielle Forderungen einschließt. Man muß sich allerdings fragen, ob eine Beschäftigung mit der NS-Zeit unter der Priorität der Mahnung nicht an Bedeutung verlieren wird, ja, evtl. nicht überleben kann. Mahnung ist eng an die geknüpft, die die Zeit noch erlebt haben - Mahnung und Erinnerung gehören zusammen - und deren Erlebnisse immer wieder den Anlaß geben, auf die Erfahrungen, die sie mit Diktatur und Krieg gemacht haben, zu verweisen. Die Erinnerung an den ersten Weltkrieg zeigt ein vergleichbares Phänomen des Verlustes von Bedeutung nach dem Ableben der Augenzeugen. Noch in den 50er Jahren waren die mörderischen Schlachten des ersten Weltkrieges Sinnbild für Trauer, Elend und Sinnlosigkeit von Krieg. Und wer interessiert sich heute noch für Verdun? Gedenkstätten, ob Verdun oder Neuengamme, leben immer in der Gefahr, die Mahnung zu sehr zu betonen,

und so zu einem Mausoleum der Geschichte zu werden, einem Grab, zu dem man rituell pilgert. Wenn Politiker aller Couleur sich hier in der Forderung einig sind, "daß so etwas nie wieder passieren darf", wird mir ob ihrer Intentionen bange, denn diese Folgerung aus dem Geschehenen ist schlicht falsch: Geschichte wiederholt sich nicht - warum sagt man es dann?

Mir scheint es eine zweifelhafte Aktualisierung zu sein, die hier beschworen wird, der sich auch Gedenkstätten gerne anschließen. Nicht nur, daß sie den Rahmen für ritualisierte Gedenkveranstaltungen schaffen - was sie auch müssen - , sondern daß sie die Beschwörung der politischen Gefahren drohender Faschisierungen ständig als Legitimation ihrer Arbeit gebrauchen. Ist es nicht so, daß wir zu oft mit dem Verweis auf den Neofaschismus argumentieren und wissen, daß das nicht die existenzbedrohende Gefahr für unsere Gesellschaft ist. Das Ziel unserer Arbeit kann nicht die Verhinderung eines zukünftigen Neofaschismus sein, und die, die immer noch beharrlich von der 6-Millionen-Lüge sprechen, können nicht unsere Energie beanspruchen. Unsere Aufgabe kann es nur sein, über die gesellschaftlichen Prozesse in der Genese des Faschismus so aufzuklären, daß auch heutige politische Phänomene tiefer analysiert werden, als in der Thematisierung von Faschismus/Neofaschismus.

Unsere Arbeit muß deutlich machen, wo die verbindenden Elemente zwischen der heutigen und der früheren Gesellschaft liegen, worin Strukturgleichsamkeiten bestehen. Unsere Legitimation kann nicht in der Exklusivität liegen, sondern darin, daß wir ebenso wie andere Bildungsinstitutionen zum Begreifen unserer Zeit beitragen, uns daran messen lassen und selbstverständlich einen ebensolchen Platz beanspruchen, wie Museen der Vor- und Frühgeschichte, des Mittelalters und wie Barockschlösser. Warum gibt es in Museen kaum Abteilungen des 20ten Jahrhunderts? Weil die Grenze zwischen Historie und Politik hier anscheinend fließend ist. Und das ist unsere Chance, wir sind aktuell, weil wir die Verbindungslinien zwischen der Geschichte und heute darstellen und zeigen müssen.

SCHRIFTEN ZUR ARBEIT IN DEN GEDENKSTÄTTEN
FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS



Band 1
Zur Arbeit in Gedenkstätten
für die Opfer des Nationalsozialismus
Ein internationaler Überblick

Neul
**Aktion Sühnezeichen/
Friedenadienste (Hg.):**
**Zur Arbeit in
Gedenkstätten für die Opfer
des Nationalsozialismus**
224 Seiten, DM 11,80
Bestellnummer 7613

Mit dem ersten Band einer geplanten Reihe über KZ-Gedenkstätten soll ein Überblick vermittelt werden, der Gedenkstätten in den USA, den Niederlanden, in beiden deutschen Staaten, in Österreich, Polen, der ČSSR und in Israel betrifft. Das Buch soll die Diskussionen über den Kreis von Gedenkstätten und Initiativen hinaus fördern; die Autoren erhoffen sich verstärkte Zustimmung und Unterstützung für die Gedenkstättenarbeit. Wichtig ist der Austausch mit Pädagogen und Wissenschaftlern auch aus angrenzenden Fachgebieten sowie der Erfahrungshintergrund von Gedenkstätten des Auslandes. Es ergeben sich in den Gedenkstätten Änderungen für ihre Arbeit, beispielsweise folgender Art: die wenigen Zeitzeugen, die noch aus eigenem Überleben aus den Lagern berichten können, haben das Pensionsalter erreicht. Jugendlichen und jungen Erwachsenen fehlt zunehmend der Zugang über den persönlichen Bericht. Der Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus ist gerade in der Bundesrepublik stärker bestimmt durch die Gefahr einer »Historisierung« und »Neubewertung«; auch die hiesigen KZ-Gedenkstätten und viele Initiativen sind durch eine »Indienststellung der Historie« immer wieder relativiert, gar bedroht. Das neue Buch will mithelfen, Klarheit zu gewinnen.

Das bisher gesagte betrifft die aktuelle Bedeutung des Themas für eine wie immer definierte Öffentlichkeit. Wie sieht es aber mit denen aus, die die Gedenkstätte vorrangig besuchen, dem jugendlichen Publikum? Es gibt immer wieder Leute, die sagen, im Prinzip sei für Schüler der Nationalsozialismus ähnlich weit weg und fremd, wie die französische Revolution oder das Kaiserreich. Ich glaube, es stimmt so nicht, vielleicht wird es einmal stimmen. Die Schüler, die zu uns kommen, gehören bereits zur zweiten Nachkriegsgeneration und dennoch wissen sie mehr über die NS-Zeit als über die 50er und 60er Jahre. Sie kommen mit Einschätzungen und Positionen zum Nationalsozialismus nach Neuengamme und verfügen bereits über feste Interpretationsmuster zum Faschismus. Woran liegt das?

Kein anderes Kapitel in der deutschen Geschichte hat die Entwicklung unserer Gesellschaft und unser nationales Selbstverständnis so sehr geprägt, wie die NS-Zeit. Obwohl immer präsent - in den Erinnerungen der Familien, als Bedingung zur Entwicklung der beiden deutschen Staaten mit der Konfrontation zwischen Ost und West, in der Einschätzung des Auslands - ist es gleichzeitig die verdrängte Geschichte der Deutschen. Und diese Widersprüchlichkeit im Umgang mit der NS-Vergangenheit spiegelt sich in den Positionen der Schüler, die Träger der verschiedensten Interpretationsmuster zum Nationalsozialismus sind.

Zunächst einmal wissen die Schüler verhältnismäßig viele Details aus der Geschichte, sie wissen von den Deportationen, verbinden mit Auschwitz die Vernichtung von Juden, können die wichtigsten Nazi-Führer benennen und politische Ziele der Nationalsozialisten. Auch verfügen sie bereits über Einschätzungen, die sie die NS-Zeit einordnen und erklären lassen und die zum Teil noch aus Ideologemen des Dritten Reiches selbst stammen, wie: "Hitler beseitigte die Arbeitslosigkeit", "die Deutschen waren manipuliert", "Hitler ließ Autobahnen bauen", "niemand konnte etwas dagegen tun", "die Nazis wollten ein reines deutsches Volk". In diesen von Jugendlichen reproduzierten Deutungsmustern tradieren sich die Erklärungen der 40er, 50er und 60er Jahre. Und sie lassen die Ju-

gendlichen eine Position beziehen, in der sie ihre Identität als Deutsche einordnen können. Sobald Schüler anfangen, politisch zu denken, also etwa mit dem 7. oder 8. Schuljahr, haben sie schon vor dem Unterricht feste Vorstellungen vom Nationalsozialismus, und die Unbefangenheit, etwas erfahren zu wollen, ist vorbei. Die Geschichte ist für sie interpretiert, sie fühlen sich angegriffen, sie aktualisieren automatisch.

Die Gemeinsamkeit von Verdrängung und ständiger Präsenz der NS-Geschichte in der Öffentlichkeit führt bei den Jugendlichen dazu, daß der Nationalsozialismus ihnen gleichzeitig nahe ist und fremd. Er ist ihnen nahe, da sie immer wieder Informationen erhalten und wissen, daß die Begriffe deutsch und Auschwitz ebenso zusammengehören, wie Pasta und italienisch und fremd, da ihnen niemand vernünftig erklärt hat, wie es zum Nationalsozialismus gekommen ist, wie er funktioniert hat. Angeboten wurde ihnen nur eine selektierte Interpretation der Geschichte, so wie sie mit dem Selbstverständnis des Nachkriegsdeutschlands als Versuch zur Entfernung der Geschichte aus der Gegenwart zu vereinbaren war.

Und so gibt es denn Schüler, die mich fragen, ob es denn damals schon Autos gab, das Mittelalter also schon überwunden war, die aber wissen, daß weder die Neuengammer, noch die Hamburger, noch ihre Großeltern und auch die SS-Leute nicht sich den Nazis verweigern konnten, weil sie sonst selbst ins KZ gekommen wären. Ihnen sind die Gemeinsamkeiten zwischen der Gesellschaft der 30er Jahre und unserer, die politischen Mechanismen, die die Menschen damals zu Nazis werden ließen und die Menschen heute zu Demokraten und auch Antikommunisten werden lassen, die zu Diktatur und parlamentarischer Demokratie geführt haben, völlig fremd. Daß Alltag heute und alltägliches Verhalten heute sich in vielem mit dem vor 40 Jahren vergleichen läßt, können sie sich nicht vorstellen. Der Zustand der Bundesrepublik erscheint ihnen geradezu als "natürliche" Gesellschaftsverfassung. Es hat für die

Verdrängung eine Funktion, wenn man die NS-Geschichte fremd erscheinen läßt, und wir, d.h. Lehrer und Gedenkstättenpädagogen, müssen aufpassen, durch die Betonung des Grauens und Terrors und auch durch Mahnung und Besinnung diese Fremdheit nicht noch zu unterstützen.

Sind es unbewußte Aktualisierungen, wenn Jugendliche Verdrängungsinterpretationen vertreten, so gibt es auch immer wieder Aktualisierungen, die von ihnen bewußt vorgenommen werden, wenn Judenverfolgung und Ausländerfeindlichkeit parallelisiert werden. Und dies geschieht in zwei Versionen: Einmal nüchtern, indem Jugendliche auf Fragen oder selbständig darauf hinweisen, daß Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit in ihren politischen Mechanismen ähnliche Ursachen und ähnliche Folgen haben können. Darüber hinaus gibt es die provozierenden Parallelisierungen, wenn im Besucherbuch steht: "Früher waren die Juden dran, bald sind die Tür-

ken dran" und wenn Schüler im Gespräch am Ort der Verfolgung von Minderheiten ihren Türkenhaß zu erkennen geben und wissen, daß es

Zusammenhänge zum NS-Terror gibt. Und das Verblüffende ist, daß ihnen die Tragweite ihrer Haltungen durchaus bewußt ist - dennoch beharren sie auf ihren Einstellungen. Dieser Widerspruch zwischen der Wahrnehmung der Geschichte und der Wahrnehmung der eigenen Lebenswelt ist nur so erklärbar, daß Ressentiments gegen Ausländer als Elemente der Deutung politischer Verhältnisse zu verstehen sind, die in ihrer Abgrenzung zur "normalen" Deutung für Rationalität unzugänglich sind und so etwas wie einen Hort unverletzbarer Bewältigungsstrategien und unverletzlicher Identität darstellen: "Also, ich kenne keine Türken, deswegen habe ich einen ziemlichen Haß auf sie, wenn ich so höre, was die so alles anrichten".

Es gibt also neben dem, was man Betroffenenheit nennt, was auch eine

BUCHTIP

Nach dem Untergang des Dritten Reiches meldeten sich die Überlebenden des „anderen Deutschland“ zu Wort, das zwölf Jahre hindurch hatte schweigen müssen. Je lückenloser die Aufklärung über das NS-System, desto unverständlicher für Nachkriegsjahrgänge, warum Eltern und Großeltern ihm bis zum bitteren Ende die Treue hielten, denn - obwohl das heute niemand mehr wahrhaben will - „das andere Deutschland“ war eine Minderheit.

Die allzu schnelle Identifizierung jüngerer Zeitgenossen mit dem Widerstand - die allzu bequeme Überzeugung „so was hätte uns nicht passieren können“ - trägt wenig zum Verständnis der Vergangenheit bei. Es gilt herauszufinden, warum dem Widerstand im Dritten Reich die Massenbasis fehlte - warum die Faschisten und nicht die Antifaschisten in der 1. Hälfte unseres Jahrhunderts Geschichte machen konnten - eine Geschichte, die eine Berufung auf die „Gnade der späten Geburt“ noch für Generationen unangemessen erscheinen läßt.

Thomas Mann schrieb am 17. Juli 1944 in sein kalifornisches Tagebuch: „Man soll nicht vergessen und sich nicht ausreden lassen, daß der Nationalsozialismus



eine enthusiastische, funkensprühende Revolution, eine deutsche Volksbewegung mit einer ungeheuren Investierung von Glauben und Begeisterung war."

Ralph Giordano klagt in seinem Buch „Die zweite Schuld“ das „riesige Kollektiv der ehemaligen Hitleranhänger“ an, weil es die „einmalige Chance“ verpaßt habe, „zum eigenen, aber auch zum Wohle der Nachkommen, Herkunft und Beschaffenheit der deutschen Anfälligkeit für den Nationalsozialismus zu ergründen“, obwohl niemand anders „den Erfolg des Nationalsozialismus und seiner

Wahnideen im Körper eines großen Volkes bis in die allerfeinsten Verästelungen genauer, umfassender und tiefgründiger (hätte) entlarven können“.

Das nach vielen Jahren vergeblicher Verlagssuche nun vom Bielefelder AJZ-Verlag veröffentlichte subjektive Geschichtsbuch „Die Zeit der großen Täuschungen“ ist ein Bericht aus dem „einen“ (und nicht aus dem „anderen“) Deutschland der Jahre 1930-1950. Politisches und menschliches Versagen damaliger Zeigegenossen wird darin weder gerechtfertigt noch entschuldigt, wohl aber nachvollziehbar dargestellt - Lesern (und Hörern) wird zugemutet, sich auf die Perspektive jener einzulassen, die damals „mit gutem Gewissen“ keinen Widerstand leisteten und von denen viele „dran geglaubt mußten“, weil sie „dran geglaubt hatten“.

Das Beleben zweier Jahrzehnte deutscher Innen- und Außenpolitik mit politisch relevanten Erlebnissen, Gedanken und Gefühlen eines Kindes, bzw. einer Heranwachsenden, gibt dem Text einen unterhaltenden Charakter und erzeugt sowohl bei älteren wie auch bei jugendlichen Zuhörern ungeteilte Aufmerksamkeit.

Form der Aktualisierung ist, drei Weisen der Aktualisierung der Geschichte, die Jugendliche mit dem Nationalsozialismus vornehmen:

- Sie sind Träger allgemeingesellschaftlicher, als Elemente der Verdrängung funktionierender Deutungsmuster zur NS-Zeit;
- sie fühlen sich von der Wahrnehmung der Geschichte in ihrer Identität als Deutsche angegriffen;
- sie parallelisieren Judenverfolgung und Ausländerfeindlichkeit;
- und sie sind zum kleinsten Teil selbst Träger ausländerfeindlicher Ideologeme.

Allen Aktualisierungen gemeinsam ist die Fremdheit, in der der Nationalsozialismus Jugendlichen erscheint, wenn sie erklären sollen, warum sich gerade in Deutschland das NS-System entwickelte, wird ihnen die Geschichte so fern wie die Karls des Großen. Und diese Fremdheit aufzubrechen, muß das vorrangige Ziel von Gedenkstättenarbeit sein.

Das Ziel muß es sein, nicht unsere Aktualisierungen in den Vordergrund zu stellen, sondern den von unseren Besuchern angebotenen Aktualisierungen nachzugehen. Das kann zunächst einmal bedeuten, daß man das Vorverständnis von Jugendlichen thematisiert und zum Gegenstand der Untersuchung macht, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, zu erkennen, woher und warum sie bestimmte Einschätzungen des Nationalsozialismus haben. Dies ist allerdings eher etwas, was im Schulunterricht möglich ist, als in einer kurzen Veranstaltung in Gedenkstätten. Dennoch müssen auch wir Interpretationsmuster aufgreifen, die einem Verständnis der Genese des Faschismus beharrlich im Weg stehen. Dies kann immer nur an Einzelpunkten und Ausschnitten geschehen, wie z.B. der weitverbreiteten Ansicht, niemand habe eigentlich gewollt, was im Dritten Reich geschah - Gesellschaft und Staat haben hier scheinbar nichts gemein - außer einer eng umgrenzten Gruppe von Nazi-Führern. Warum glaubt man, die Nazis hätten etwas gemacht, was "die Deutschen" nicht wollten, warum sagt man nicht, die Nazis haben das gemacht, was "die Deutschen" wollten. Es ist eine

provozierende Frage, aber eine, die eher an das alltägliche Politikverständnis Jugendlicher anknüpft, als der Nachweis der Interessenidentität von Industriekreisen und NS-Führung.

Ist ein Empfinden von Fremdheit der nationalsozialistischen Gesellschaft ein dominierendes Gefühl bei Jugendlichen, so macht die Vermittlung der Geschichte eines Konzentrationslagers das Begreifen nicht unbedingt leichter. Das Grauen, die anscheinende Sinnlosigkeit des Tötens, die Extremsituationen für die Häftlinge, die große Zahl der Opfer lassen Jugendliche immer wieder in dem Versuch scheitern, sich diesen Phänomenen mit ihren Alltagserfahrungen zu nähern. Sie wollen sich hineinversetzen und können es nicht, weil sich ihr Erfahrungshorizont fundamental von dem der Gefangenen unterscheidet. Sie überlegen, wie hätten sie gehandelt, wie hätten sie versucht, der Situation zu entkommen und schließen allzu oft aus dem Fehlen spektakulärer Fluchten und Befreiungsversuchen auf ein Versagen der Häftlinge.

Die Diskrepanz zwischen dem Alltag im KZ und dem Alltag heute muß deutlich werden, doch müssen wir aufpassen, die Vermittlung der Schrecklichkeit und des Grauens nicht zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Es gab doch einen Alltag damals für die Mehrheit der Bevölkerung, der sich, zumindest bis zum Kriegsbeginn, in seinen Konstituenden von dem heutigen in der subjektiven Erfahrung gar nicht so sehr unterschied. Unsere Aufgabe muß es sein, Gemeinsamkeiten und Entwicklungslinien im Handeln früher und heute aufzuzeigen. Die Faschisierung muß erklärt werden an Handlungsstrukturen von Bevölkerung, Beamtschaft, Soldaten, Politikern, die sich auch in der Nachkriegszeit finden lassen. Und die Verbindungslinien zwischen 30er, 40er und 50er Jahren müssen an Personen deutlich werden, die die Verknüpfungen darstellen. Schüler begreifen auch deshalb wenig über die NS-Zeit, weil die 50er Jahre das schwärzeste, d.h. unbekannteste Kapitel der deutschen Geschichte sind.

Auch die Gedenkstätten selbst vermögen einiges für ein leichteres Begreifen der Geschichte zu tun. Die Zeugnisse der KZ-Zeit - und der Nachkriegszeit - dürfen nicht zubetoniert werden oder unter Zierrasen und Gedenkplatten verschwinden - auch die Gestaltung hat vielfach unter der Diktion der Verdrängung gestanden. Zwar Friedhöfe, müssen sie doch selbstverständlicherweise ihren musealen Charakter betonen und zu erkennen geben, daß man hier ebenso wie in anderen Museen mit Geschichte umgehen kann. Die Betonung der Exklusivität muß aufgegeben werden, real haben die Gedenkstätten sie wahrscheinlich schon verloren - und stattdessen sollten sie sich eher als Museen der Zeitgeschichte verstehen - der Platz ist nämlich noch frei - , mit allen politischen Implikationen, die damit verbunden sind, deren Besuch und Benutzung ebenso selbstverständlich wird, wie der Besuch eines Museums für Kunst und Gewerbe.

Noch sind wir aktuell, weil die Gesellschaft noch nicht fertig ist mit ihrer Geschichte. Ein bißchen können wir Einfluß darauf nehmen, wie sie damit fertig wird. Und noch leben die, die die Verbindung aus dem KZ zu heute herstellen, im Negativen die SS-Männer und hohen Beamten, für unsere Arbeit von größtem Nutzen die ehemaligen Häftlinge. Ihre Erfahrungen können noch die Jugendlichen fesseln und sie die Distanz zur Geschichte überwinden lassen. Die Sammlung ihrer Erinnerungen ist deshalb wohl wichtigste Aufgabe der Forschung.

Und danach? - Wir dürfen nicht mit erhobenem Zeigefinger dastehen, sondern müssen uns als Museum begreifen, das ein möglichst breites Angebot an interessanten und auch spannenden Arbeitsmöglichkeiten für Besucher bereithält. Sei es die Bereitstellung von Medien, Besucherarchiven, Arbeitsmaterialien, Broschüren, themenbezogenen Projekten, Freizeitveranstaltungen, Seminaren und Jugendcamps. Das Stichwort heißt hier entdeckendes Lernen. Keine unserer Veranstaltungen wahr wohl so intensiv, kurzweilig und Sympathie für un-

sere Arbeit schaffend wie unsere internationalen Jugendcamps "Spurensicherung".

Wir können kein Bollwerk gegen den Neofaschismus sein, sondern nur Angebote zum Lernen und zur Erfahrung bereithalten, die der jugendliche Besucher annehmen kann oder nicht. Wer sagt denn, daß die Erinnerung eines Schülers an die roten Schuhe und die sympathische Stimme seines Museumspädagogen in Neuengamme ihn nicht ebenso resistent gegen faschistisches Gedankengut gemacht haben, wie die Information, daß von hier aus tausende Häftlinge für die Rüstungsindustrie arbeiteten.



Bild oben: Das Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Bild unten: Blick in das Innere des Dokumentenhauses mit der Ausstellung

(Fotos: KZ-Gedenkstätte Neuengamme - Dokumentenhaus - Informationsblatt)



50. JAHRESTAG DER REICHSPOGROMNACHT

Im Mitgliederrundbrief Nr 5 haben wir auf ein Reihe von Veranstaltungen und Initiativen zum Jahrestag der Novemberpogrome hingewiesen und gleichzeitig angeboten, Berichte über diese Aktivitäten abzudrucken. Ein erster Bericht ist uns zugegangen, außerdem dokumentieren wir Pressereaktionen auf die Ausstellung "Aus Nachbarn wurden Juden", die vom AKTIVEN MUSEUM getragen wurde. Weitere Beiträge über Veranstaltungen aus Anlaß dieses Jahrestages werden wir gerne in den nächsten Rundbrief aufnehmen.

Veranstaltungen des f f b i z

Zum jahrestag der reichspogromnacht hatte das "historikerinnentreffen" im f f b i z (frauenforschungs-, -bildungs und -informationszentrum e.V.) zwei veranstaltungen vorbereitet.

Am 5.11.1988 referierte Iris Wachsmuth über die Berichterstattung über die sog. "reichskristallnacht" in berliner zeitung. Danach sprach Gudrun Schwarz über "die sog. 'reichskristallnacht' - ein angeordneter pogrom?" Gudrun Schwarz wünscht sich für die Zukunft eine verstärkte auseinandersetzung mit dem thema, denn "wir schulden den opfern nicht ein pauschales wehgeschrei, sondern das wissen um ihre ermordung".

Zur zweiten veranstaltung im f f b i z am 12.11.1988 reisten Sigrid Jacobheit und Liselotte Thoms-Heinrich aus Ostberlin an, um ihr buch "kreuweg Ravensbrück" vorzustellen, das hier im Pahl-Rugenstein-verlag erschienen ist. Aus den 17 biographien hatten sie die von Rosa Menzer, Marie Pleissner und Rita Sprengel zum lesen herausgesucht. In der anschließenden diskussion ging es unter anderem darum, daß in der DDR ebenso wie in der BRD das thema judenverfolgung in der schule kaum behandelt wird. Gefragt wurde danach, ob es forschung gäbe über das verhalten derer, die in der umgebung von kz's wohnten. Den autorinnen war nichts bekannt.

Zu beiden veranstaltungen waren im vergleich zu anderen samstagsrunden im f f b i z viele besucherinnen verschiedensten alters gekommen, die sich lebhaft an den diskussionen beteiligten. Als wichtig angesehen wurde, sich damit auseinandersetzen, was wir heute tun können und müssen, um rassistischen tendenzen auf die spur zu kommen und ihnen etwas entgegenzusetzen, denn ausgrenzungen sind auch heute teil der politik und des alltags.

Sabine Spiesmacher



Kundgebung der Jüdischen Gruppe, VVN, Aktion Fluchtburg u.a. am 9.11.1988 unter dem Motto: "Misstraue ihren Reden, schaut auf ihre Taten!"

Foto: Klaus Döring

Als aus Nachbarn Juden wurden

Ausstellung im Kreuzberger Mehringhof — Fotos aus dem Alltag

Im Kreuzberger Mehringhof an der Gnelienaustraße 2 wird von heute an eine Ausstellung gezeigt, die so überschrieben ist: „Aus Nachbarn wurden Juden“. Das Private, das in dieser Überschrift mitschwingt, ist Absicht und wird in den Texten und Fotografien überwiegend erkennbar. Hier hat einer Menschen in ihrem Alltag fotografiert, Nachbarn von anderen Nachbarn. Vielleicht waren sie gläubige Juden, vielleicht auch nicht, vielleicht zählten sie zu einer christlichen Kirche, vielleicht auch nicht: „Der Jude mußte erst gemacht werden“. Das steht bei „Vielfalt“.

Die Fotografien machte Abraham Pisarek, der aus einem frommen Elternhaus bei Lodz stammte (geboren 1901), der in Jugendjahren sich in sozialistisch-zionistischen Kreisen engagierte, der via Palästina nach Deutschland, Berlin, kam und Pressefotograf wurde, bis es ihm beim Machtantritt der Nazis verboten wurde. Er hatte nach den USA auswandern wollen, was mißlang. Er fotografierte den Alltag jüdischen Lebens für jüdische Blätter, bis diese auch verboten wurden (1941).

Er lebte in „Mischehe“. Er überlebte, starb betagt. Seine Tochter, die Berliner Augenärztin Ruth Gross, erzählte von ihres Vaters Leben, von den Leben, die der Vater fotografierte, denn sie gab die vielen Aufnahmen in diese Ausstellung und schrieb auch die Texte. Diese sind persönlich aus eigenem Miterleben geschrieben.

Wir sehen in fotografierte Gesichter alter Menschen im Jüdischen Altersheim, sehen in

die von jüdischen Menschen für ihresgleichen eingerichteten Volkstischen in jener Zeit, da man diese Menschen von allem abschneidi, wir sehen, wie bei kärglichst gefüllten Tellern der Tisch mit Blumen und Decke geschmückt ist: Es wurde die Form, der Stil, auch dann noch bewahrt.

In Schusterwerkstätten schusterten Männer, die ganz anderes gelernt hatten — sie besohnten für ihre Verfolgtebrüder und -schwwestern die Schuhe vor der erhofften Auswanderung.

Wir erfahren von Gütern, auf denen Juden für eine Landarbeit im Lande der Zuflucht vorbereitet wurden, solange das eben noch ging. Wir blickten in den Jüdischen Kulturverein, wir sehen Kindergesichter und lesen daneben, daß Ruth überlebte und Mirjam umkam.

Es ist nicht eine große Ausstellung, aber sie hilft, Befangenheiten, auch heutige, in der Begegnung mit jüdischen Menschen zu erkennen und zu überwinden.

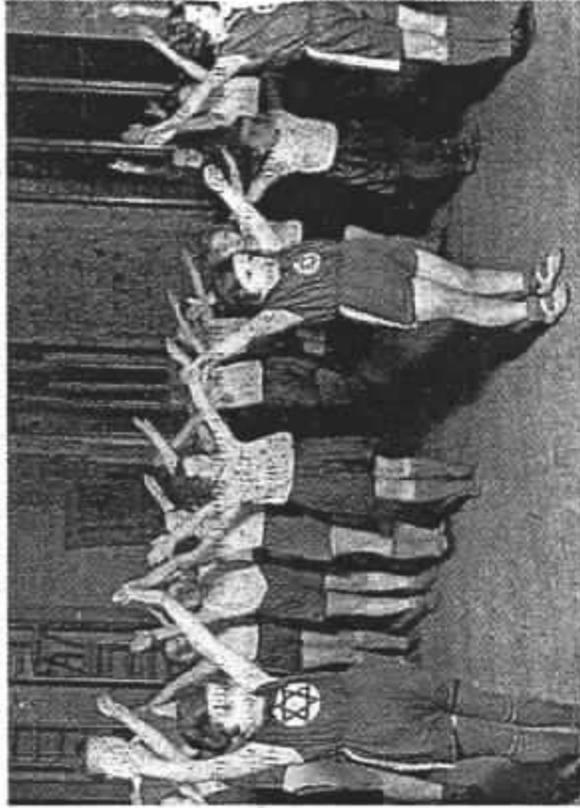
In einem Buch zu dieser Ausstellung mit gleichem Titel (Transit Verlag, herausgegeben von Hazel Rosenstrauch, 25 DM, im Buchhandel 34 DM) findet sich ein Gedicht von Erich Fried. Eine Strophe daraus: Ihr sollt sie euch nicht / so anders denken, wenn ihr / von ihrem Andenken redet, / als sähet ihr sie / alle mit schwarzem Kraushaar / und mit gebogenen Nasen: / Sie waren manchmal auch blond / und sie hatten auch blaue Augen / Sie waren wie ihr seid... -erk

oben: Der Tagesspiegel, 4.11.1988, S. 14

rechts: Die Wahrheit, 5.11.1988, S. 3

Dem Vergessen entrissen durch Abraham Pisarek

Ausstellung „Aus Nachbarn wurden Juden“



1936 fotografierte Abraham Pisarek diese Kindergruppe des Berliner Sportvereins Makkabi
Fotos: DW—Repro

Ein älterer Berliner sagte im kleinen privaten Kreis am Abend der Ausstellungsöffnung: „Ich bin vor allem so erschüttert, weil ich auf den Fotos hier so viele Menschen gesehen habe, die ich kannte, aber was ist aus ihnen geworden...“

Viele von denen, die der jüdische Fotograf Abraham Pisarek als Fotoreporter durch seine Arbeit für uns aufbewahrt hat, mußten den Weg in die Konzentrationslager und in die Gaskammern gehen. Andere hatten das seltene „Glück“, mit wenigen Habseligkeiten ihre Heimat verlassen zu dürfen. Die Ausstellung „Aus Nachbarn wurden Juden“ berichtet uns vom Leben und dem Versuch des Überlebens einer Minderheit in unserer Stadt, die jedoch immerhin rund 170 000

Menschen umfaßte. Der Fotograf zeigt den Weg der Entrechtung und Ausgrenzung von Menschen, die sich hier vielfach auch als deutsche Patrioten begriffen und auch so handelten. Einzig, daß sie Eltern jüdischer Abstammung hatten oder nach den Vorschriften des jüdischen Glaubens lebten, genügte den Nazis, ihnen das Lebensrecht abzuschneiden. Die Ausstellung mahnt, alles dafür zu tun, daß dieses Verbrechen sich nicht wiederholt.

Manfred NILLIUS
„Aus Nachbarn wurden Juden“, Ausstellung des Aktiven Museums e. V. Bis zum 11. Dezember im Mehringhof, Gnelienaustraße 2 a. Öffnungszeiten: täglich von 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt ist frei. Ein informativer Katalog liegt vor

Aus Nachbarn wurden Juden

„Wie wird ein Nachbar zu ‚dem Anderen‘? Wie wird aus einer Gruppe von tausenden unterschiedlicher Menschen, von denen ein großer Teil kaum mehr durch Religion oder Habitus besonders auffiel, der ‚Jude‘, ein Symbol, das mehr mit Karikatur als mit der realen Erfahrung der deutschen Bevölkerung zu tun hat.“

Mit dieser Frage beginnt das vor kurzem im Kreuzberger Transit-Verlag erschienene Buch „Aus Nachbarn werden Juden“, in dem Fotos aus dem Nachlaß eines jüdischen Fotografen, Briefe, Erinnerungen und Texte den zunehmend von Ausgrenzung bestimmten Alltag von Juden in der Nazizeit dokumentieren. Es ist der Begleitband zu einer Ausstellung, die anlässlich des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938 vom 3. November bis Anfang Dezember im Mehringhof gezeigt wird. Organisiert wurde sie vom „aktiven Museum“ in Zusammenarbeit mit dem Mehringhof, der Jüdischen Gruppe Berlin, Netzwerk, AL, dem Transit-Verlag und dem Bündnis gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus. Die Ausstellung soll durch wöchentliche Vortragsveranstaltungen ergänzt werden.

Der 1901 in der Nähe von Lodz geborene Fotograf Abraham Pisarek arbeitet seit den Zwanziger Jahren in Berlin und konnte bis 1941 seinen Beruf ausüben, zumindest für jüdische Zeitungen das Leben seiner Leidensgenossen auf der Straße, in ihren Wohnungen, in den Selbsthilfe- und Kultureinrichtungen mit der Kamera festhalten. Sehr gefragt war er auch als Paßfotograf, denn für die Auswanderungsanträge brauchte man viele Paßfotos. Aber die meisten seiner Porträts und Schnappschüsse halten Menschen fest, die deportiert, ermordet oder in den Tod getrieben wurden. Nur weil er mit einer Nichtjüdin verheiratet war, also laut Nazi-Terminologie in einer „Mischehe“ lebte, überstand Abraham Pisarek die Verfolgung als Zwangsarbeiter und in der Illegalität. Nach der Befreiung wurde er einer der bedeutendsten Theaterfotografen und starb mit 81 Jahren in Berlin.

Seine Tochter Ruth Gross war glücklicherweise in der Lage, viele der nachgelassenen Bilder zu erklären. Außerdem hatte sie bereits vor vielen Jahren Aufzeichnungen über das angefertigt, was sie von den als Kind erlebten Veränderungen ihres Alltags, den Einbrüchen und Katastrophen in dem Leben ihrer Familie und ihrer Freunde noch erinnert.

Beklemmend sind ebenfalls die im letzten Teil des Buches abgedruckten Berichte über die Intensität der jüdenfeindlichen Exzesse in Österreich nach dem Einmarsch der Nazis im März 1938. „Der bodenständige Antisemitismus bedurfte nicht des pseudolegalen Scheins, was im Altreich über Jahre vorbereitet war, wurde hier sofort in die Tat umgesetzt.“ An dem Tag, an dem die Mutter der Herausgeberin in Wien nach wiederholten Schikanen ihre Schule verließ, öffnete eine Mitschülerin

das Fenster mit den Worten: „Es stinkt nach Juden.“

Um so dringlicher betrieben die 16jährige Edith Königsberg und ihre Verwandten ab Sommer 1938 ihre Ausreise. In vielen Briefen flehen sie ihre Tante/Schwester in London an, ihnen Arbeits- und Ausreisemöglichkeit zu besorgen. Auch der bescheidenste Job als Haushaltshilfe, Diener oder Haustochter ohne Gehalt ist recht, wenn er nur zu einem „permit“, einer Einreisegenehmigung, führt. Unter immer größerem Druck belegen die Mädchen Hauswirtschafts-, Kindergärtnerinnen- und Englischkurse. Anfang Januar 1939 kommen die beiden Töchter der Familie Königsberg mit einem Kindertransport weg, weil Großbritannien wenigstens nach dem Novemberpogrom seine Einwanderungspolitik etwas liberalisiert und 1938/39 ungefähr 40.000 Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich aufnimmt, darunter 8000 Kinder ohne Eltern. Erst Ende 1941 bekommen die Eltern ein Affidavit nach Amerika, aber im Dezember erklären die USA Deutschland den Krieg und die Besorgung einer Schiffskarte ist nicht mehr möglich. Sie werden nach Riga verschickt. Ende 1946 trifft Edith Königsberg ihre ehemalige Deutschlehrerin in Wien und berichtet von dem Tod ihrer Eltern im Lager. „Sie reagierte erstaunt: Ja, hat es das wirklich gegeben?“

Aber die Österreicher vollziehen ja nur in beschleunigtem Tempo nach, was die Deutschen ihnen - mit ausgefeilter Gründlichkeit - vorgeführt haben: die Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung eines zahlenmäßig sehr kleinen Teils ihrer Gesellschaft (in Deutschland 1933: 0,76% der Einwohner), den sie zur Projektion ihrer Feindbilder brauchten und summarisch „die Juden“ nannten. Die deutschen Juden erschienen in der antisemitischen Agitation, aber auch in den Vorstellungen vieler Nicht-Juden schlechthin als eine geschlossene Einheit, als homogene Bevölkerungsgruppe mit gleichen Sitten, Gebräuchen und Anschauungen.*Das war in jeder Hinsicht falsch, sowohl in der unzulässigen Gleichsetzung so unterschiedlicher Gruppen wie der in die deutsche Gesellschaft vollkommen Assimilierten mit den liberalen und konservativen Mitgliedern jüdischer Glaubensgemeinden oder gar den orthodoxen Ostjuden, wie sie seit der Jahrhundertwende etwa im Berliner Scheunenviertel lebten. Die vielfältigen Differenzierungen innerhalb der jüdischen Gesellschaft ignorierend, wurde dubioser Rassenlehre folgend alles in einen Topf geworfen und zu einem Konstrukt, „dem Judentum“ oder „den Juden“ gemacht.“ (Wolfgang Benz in: Die Juden in Deutschland 1933-1945, S. 35.)

Nach der Machtergreifung richteten sich die allerersten Maßnahmen der Nazis gegen „Reichsfeinde“, also vor allem Linke, Kommunisten und Gewerkschafter. Die Ausgrenzung der Juden begann aber schon im März 1933 mit einer Fülle von

dezentral, ohne diktatorischen Druck erlassenen Anweisungen einzelner Landesregierungen, Stadtverwaltungen und Kommissionen. So erließ die Stadtverwaltung Berlins am 18.3.1933 die Anordnung: „Jüdische Anwälte und Notare dürfen in Zukunft nicht in Rechtsangelegenheiten der Stadt Berlin tätig sein.“

Der bereits planmäßig von der NSDAP vorbereitete Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 „war das Vorspiel zur Plünderung, Stigmatisierung und Ausschaltung der Juden in den kommenden Jahren.“ Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden sämtliche Einrichtungen des Reichs, der Länder und Gemeinden von Juden „gesäubert“.

Die Standesorganisationen der Ärzte, Juristen, Apotheker übertrugen von sich aus die Richtlinien des Beamtengesetzes auf ihre Mitglieder und wollten nur noch „deutsche Volksgenossen“ in ihren Reihen sehen. Auch die Boxer, Schachfreunde, Blinden, Gehörlosen, ADAC-Mitglieder und Turner beschlossen im ersten Halbjahr 1933 die „Vollarisierung“ ihrer Vereine. Ihnen allen konnte es nicht schnell genug gehen, sich den Nazis gegenüber willfährig zu zeigen, ja vorbeugend ein Übersoll an Anpassung zu leisten.

„Die Aufhebung der Judenemanzipation zielte gegen jegliches Heraustreten aus der Ordnung, gegen alles Unwägbar, Individuelle, gefährlich Neue. Das Symbol Jude schloß un-artige Frauen, sozialdemokratische Arbeiter oder Vertreter einer modernen Kunst ein. An die Stelle einer vielfältigen gesellschaftlichen Realität trat ein jüdisches und ein deutsches Wesen. Das Feindbild nahm im Juden Gestalt an.“ Mit den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 wurde genau bestimmt, was als „arisch oder jüdisch, halb- oder vierteljüdisch, jüdisch versippt oder reinrassig“ zu gelten hatte. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes“ schied die Juden als „fremdbiutig“ aus dem „deutschen Volkskörper“ aus und verbot Ehen zwischen Juden und „Deutschblütigen“ oder „Jüdischen Mischlingen 2. Grades“. Die Standesbeamten bekamen eine Übersichtstafel in die Hand „betreffend Ebehindernissen wegen jüdischen Bluteinschlags“.

Durch das Reichsbürgergesetz vom September 1935 werden den Juden alle Bürgerrechte aberkannt. Die zunächst aus Eigeninitiative von jüdischen Gruppierungen im September 1933 gegründete „Reichsvertretung deutscher Juden“ organisieren die Nazis im Februar 1939 zwangsweise in die „Reichsvertretung der Juden“ in Deutschland um und bestimmten als deren ersten Zweck: die Auswanderung zu fördern und die antijüdischen Maßnahmen der Nazis weiterzugeben.

Die Maßnahmen der Nazis führten bereits in den ersten Jahren zu einer raschen Verarmung vieler Juden, die verschärft wird durch den Ausschluß von der deutschen Fürsorge. Die jüdischen Verbände schaffen innerhalb kurzer Zeit ihre eigenen sozialen Beratungs-, Ausbildungs- und Hilfsorganisationen und sie richten zahlreiche praxisbezogene Umschulungskurse ein zur Vorbereitung der Auswanderung nach Palästina. Eine eigene Schulabteilung der Reichsvertretung kümmert sich um die jüdischen Schulen, von denen es 1936 ca. 136 mit 1.200 Lehrern gibt.

Am 27./28. Oktober 1937 werden etwa 17.000 polnische Juden, die zum Teil seit

Jahrzehnten in Deutschland gelebt haben oder sogar hier geboren wurden, verhaftet und in Sammeltransporten bei Nacht und Nebel über die polnische Grenze getrieben. Der seit einigen Jahren in Paris lebende Pole Herschel Grynszpan, dessen Verwandte auch zu den Verschleppten gehören, will die Weltöffentlichkeit mit einem Attentat aufrütteln. Der Tod des Legationssekretärs Ernst von Rath wird zum Vorwand für den organisierten Volkszorn in Deutschland, den Novemberpogrom 1938. In den meist noch verniedlichend im Nazi-Jargon „Reichskristallnacht“ genannten Pogromstunden vom 9. auf den 10. November 1938 werden fast alle Synagogen Deutschlands verwüstet, 30.000 Menschen verhaftet, über 90 Personen ermordet und mehr als 7.000 Geschäfte zerstört. Die Opfer müssen an die Henker eine „Sühne“ von 1 Milliarde Reichsmark zahlen und die Versicherungsgelder zugunsten des Reichs abführen. Nach dem Pogrom verlassen noch einmal 120.000 von etwa 380.000 verbliebenen Juden Deutschland.

Der Rest wird immer mehr isoliert und ausgeplündert. Sie dürfen nachts nicht ausgehen, müssen Telefonanschlüsse und Radioapparate abgeben, ebenso Pelz- und Wollsachen, Ski- und Winterausrüstung, Fotoapparate, optische Geräte, Fahrräder, Schreib- und Rechenmaschinen. Sie dürfen Warteräume, Raststätten und deutsche Friseurläden gar nicht mehr, öffentliche Verkehrsmittel nur mit Genehmigung der Polizei benutzen. Die Lebensmittel, die sie überhaupt noch kaufen können, werden bis auf einen wenig genießbaren Rest zusammengestrichen: sie dürfen weder Fisch noch Fleisch, Eier, Milch und Weizenmehl, frisches Obst und Gemüse essen.

aus: Decksache - Magazin der Erneuerungskommission Kottbuser Tor
Nr. 10, 24. 10. 88, S. 14 f

Am 1. September 1941 erlassen die Nazis die Polizeiverordnung zur Kennzeichnung der Juden, die jeden Juden zwingt, den gelben Stern wie ein Brandmal bei jedem Schritt in der Öffentlichkeit deutlich sichtbar auf der Brust zu tragen.

Noch bis zum September 1941 organisiert der Jüdische Kulturbund in seinem Theater oder Vortragssaal in der Kommandanten-/Ecke Alexandrinenstraße ein umfangreiches Angebot von Kulturveranstaltungen, um den jüdischen Künstlern Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und den Selbstbehauptungswillen der jüdischen Mitbürger zu stärken. Zunehmend steht der Jüdische Kulturbund aber unter dem direkten Diktat der Nazis. Wenige Tage nach dem Novemberpogrom und dem Verbot für Juden, öffentliche Theater, Kinos, Konzerte und Kabarets zu besuchen, befehlen sie: „Der Jüdische Kulturbund hat mit sofortiger Wirkung seine Tätigkeit wieder aufzunehmen“. Längst hagelt es Vorschriften, was im Jüdischen Kulturbund überhaupt noch gesprochen und gespielt werden darf: Schiller wurde 1934, Goethe und die gesamte deutsche Klassik 1936, Beethoven 1937 verboten. Der Kulturbund soll sich weitgehend auf „jüdische Kultur“ konzentrieren. So offen die Nazis ließen, was damit angesichts einer Vielfalt künstlerischer, intellektueller und politischer Positionen unter Juden überhaupt gemeint ist, steht für sie nur eines fest: es soll mit deutscher Kultur nichts zu tun haben. Die letzte Theaterpremiere findet am 9. August 1941 statt, die noch verbliebenen Mitarbeiter werden zu Hilfsdiensten bei der Vorbereitung der Deportationen gezwungen. Der letzte Leiter des Kulturbundes, Martin Brasch, stirbt im KZ Oranienburg, die beiden Vorgänger, Kurt Singer und Werner Levie, sterben in The-

resienstadt oder kurz nach Kriegsende an den Folgen ihrer Haft.

„Was damals unter Zwang zu einer jüdischen Kultur, geworden war, überlagert bis heute das Bild von Deutschen jüdischer Herkunft, wenn die problematische, durchaus unklare Bezeichnung jüdische Kultur, gedankenlos, wenn auch gutgemeint, in Gedenk- und Feiertagsreden verwendet wird. Mancher, der als Politiker, Philosemit, Konvertit oder Nachkomme assimilierter Eltern eine jüdische Identität beschwört, ahnt nicht, wie sehr er ein Bild aufnimmt, das von den Nazis geformt wurde.“

Frauke Mahrt-Thomsen

Aus Nachbarn werden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933-1942. Hrsg. von Hazel Rosenstrauch. Mit Fotos von Abraham Pisarek, Erinnerungen von Ruth Gross und Briefen der Familie Königsberg. Berlin: Transit 1988. 166 S., 34,- DM



GESELLSCHAFT FÜR EIN JÜDISCHES MUSEUM IN BERLIN
BEZIRKSAMT NEUKÖLLN VON BERLIN, ABT. VOLKSBILDUNG/KUNSTAMT
EMIL-FISCHER-HEIMATMUSEUM

Ausstellung

ZEHN BRÜDER WAREN WIR GEWESEN ...

Spuren jüdischen Lebens in Neukölln

Dauer der Ausstellung:
6. November 1988 bis 21. Mai 1989
Öffnungszeiten:
mittwochs 12.00 bis 20.00 Uhr
donnerstags bis sonntags 10.00 bis 17.00 Uhr
Führungen nach Vereinbarung

Emil-Fischer-Heimatomuseum Neukölln
Ganghoferstraße 3-5, 1000 Berlin 44, U-Bahn Karl-Marx-Str.
Telefon 68 09-24 31 oder 68 09-25 35
u. a. w. g.

ANTIFA - TELEFON

Die Zahl der an Häuserwände geschmierten neonazistischen oder ausländerfeindlichen Parolen nimmt zu, immer wieder hört man von Übergriffen oder Bedrohungen durch Skinheads oder Neonazis, von geheimen oder offen provokativen Treffen.

Viele Informationen darüber sind zu verstreut, als daß etwas Wirksames unternommen werden könnte. Diese Informationen zu sammeln, zu bündeln und ggf. weiterzugeben, dazu gibt es jetzt drei Anlaufstellen:

- Antifaschistisches Telefon des
AKTIVEN MUSEUM 261 76 61

(ab Ende Januar durchgehend erreichbar
über Anrufbeantworter)

- Antifa-Info-Telefon 692 15 99

(samstags von 16 bis 20 Uhr)

- Antirassismus-Telefon ^{861 94 22}
~~862 13 31~~

(mit Anrufbeantworter)

Dort können Nachrichten hinterlassen werden über:

- neofaschistische Schmierereien oder Klebeaktionen
- Treffen oder Aktionen von Neonazigruppen
- neonazistische oder rassistische Übergriffe etc.

oder andererseits über

- antifaschistische Kundgebungen, Diskussionsrunden
- Stadtteilaktivitäten (Rundgänge bzw. -fahrten zur Geschichte der NS-Zeit)
- andere Aktivitäten.

Während der Bürozeiten können sich Interessierte wie z.B. Lehrer, Jugend/Antifa-Gruppen oder Verbände erkundigen, wo Schmierereien entfernt werden können, wo Aktionen von Neonazis stattfinden, an denen man sich beteiligen kann, wo man sich über alte und neue Nazis informieren kann etc.

In dringenden Fällen - z.B. bei Bekanntwerden von (Neo)Nazitreffen - soll eine Telefonkette in Gang gesetzt werden, mit der möglichst viele Antifaschisten schnell mobilisiert werden können.

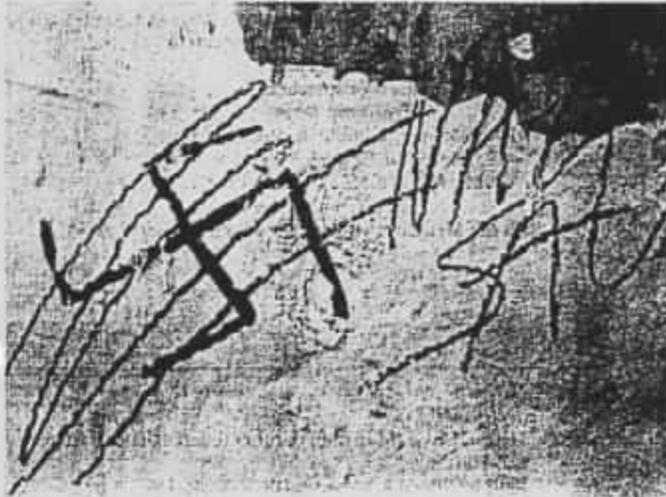
Klaus Döring

VERMISCHTES

MONIKA HORSKY (Hg.)

Man muß darüber reden

Schüler fragen KZ-Häftlinge



Dokumente · Berichte · Analysen
Herausgegeben von Franz Richard Reiter
EPHELANT

Plankeng. 7, 1010 Wien, Tel.: 513 48 58

Den
Rassistisch
Extrem nationalistisch
Patriarchalischen

's

KEINE STIMME !

Anläßlich der Landeswahlversammlung der
Republikaner

am 18.01.1988 um 20 Uhr im ICC

soll eine Gegendemonstration stattfinden.

Geplanter Beginn: 17.30 ADENAUERPLATZ

Schlußkundgebung vor dem ICC

Wer darüberhinaus an der Veranstaltung
teilnehmen will kann unter

Tel.: 362 60 25 oder 361 80 78

bei den Republikanern kostenlos Karten
bestellen. Änderungen oder genauere An-
gaben bitte aktuellen Veranstaltungshinwei-
sen entnehmen.



RECHTSEXTREMISMUS an Berliner Schulen

Inhalt

Wozu diese Broschüre?	S. 4
Rechtsradikale Aktivitäten in Berlin	S. 5
Die Neuköllner Vorfälle	S. 8
Die FAP	S. 10
Interview mit einem ehemaligen Nazi-Skinhead	S. 11
Die NF	S. 12
Ein Reinickendorfer Schüler berichtet	S. 13
Die DJI	S. 15
Interview mit einer jüdischen Schülerin	S. 18
Junge Union - am rechten Rand geübert?	S. 19
Antifa in der Schule	S. 20
Was tun?	S. 22
Chronik	S. 24

Herausgeber:
Antifa-AG der Alternativen Liste Berlin
Badensche Str. 29, 1000 Berlin 31
sowie
Antifa Jugendfront Berlin
Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

INHALT

Vorwort	S. 1
Konzeption in der Diskussion	S. 2
Presseerklärung	S. 4
Reaktion auf den Offenen Brief	S. 5
Kulturausschuß zum Gestapo-Gelände	S. 7
Denkmalschutz für die Zellenfundamente	S. 7
Erinnerung an Alfred Davidsohn	S. 8
Kein vereinzelter Gedenkstein - sondern Steine des (Denk)-Anstoßes	S. 10
Aktualisierung von Geschichte	S. 12
Buchtip	S. 15
50. Jahrestag der Reichspogromnacht	S. 18
Der Buchtip: Aus Nachbarn wurden Juden	S. 20
Antifa - Telefon	S. 22
Vermischtes	S. 23
Inhalt-Termine	S. 24

IMPRESSUM

Hrsg.: AKTIVES MUSEUM
Faschismus und Widerstand
in Berlin e.V.

Redaktion: Klaus Döring
Monika Rummler

V.i.S.d.P.: Thomas Lutz

Auflage: 200

TERMINE

16.01. Montag 18 Uhr

AG "Konzepte"
Köthener Str. 44, 1/61
II. Stock
Thema: Öffentlichkeitsarbeit zur Vorbereitung des Lottoantrags für die Ausstellung "Jugend im Nationalsozialismus"

18.01. Dienstag 17.30 Uhr

Den REP's keine Stimme!
Gegendemonstration gegen die Landeswahlversammlung der Republikaner
Adenauerplatz

19.01. Donnerstag 20 Uhr

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema: Polizei und Staatsschutz (vgl. Beilage)
Kinosaal des Martin-Gropius-Baus

04.02. Samstag ab 14 Uhr bis ?

Diskussion über die Konzeption (vgl. S. 2)
Köthener Str. 44, 1/61
II. Stock



Auf der Kundgebung zum Antikriegstag am 01.09.1988 vor dem Martin-Gropius-Bau

Foto: Monika Rummler